

# Die USA-Politik aus amerikanischer Perspektive in der Ära Kohl

Von Stefan Fröhlich

## *I. Einführende Bemerkungen*

Der Erfolg der Amerika-Politik in der Ära Kohl, lässt sich aus amerikanischer Sicht wohl am besten an drei zentralen Punkten festmachen: 1. dem Faktor Persönlichkeit bzw. der Personalisierung von Politik – Stichwort Verlässlichkeit/Vertrauen; 2. der Politik des Ausgleichs bzw. der Vereinbarkeit von scheinbar Unvereinbarem – Stichwort Erweiterung und Vertiefung der EU einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bei gleichzeitiger enger Verflochtenheit mit den USA; 3. Zugehörigkeit zu einer der Schutzmacht emotional verbundenen Generation der fünfziger und sechziger Jahre, die eben weder von einem offenen Anti-Amerikanismus geprägt war wie die Generation von 1968 und der siebziger Jahre (zu der eben auch Schröder und Fischer gehörten), noch so nüchtern und pragmatisch in ihrer Politik gegenüber Amerika war wie die dritte Generation deutscher Nachkriegspolitik um Angela Merkel und Frank Steinmeier. An dieser Stelle ist vor allem auf die beiden ersten Punkte einzugehen.

## *II. Verlässlichkeit auf beiden Seiten des Atlantiks als Grundmaxime Kohl'scher Außenpolitik – ein nicht immer leichter Spagat*

Auch für Kohl zählten gleichermaßen das vereinte Europa (Erweiterung vor Vertiefung), die Achse Paris-Bonn sowie Russland neben den Vereinigten Staaten zu den Bezugskreisen/Konstanten deutscher Außenpolitik.<sup>1</sup> Dabei schien ihm die deutsch-französische Partnerschaft in den neunziger Jahren bisweilen von größerer Bedeutung als die transatlantische Verbindung. Auch in Washington spürte man die Entschlossenheit des Kanzlers, nach der Wiedervereinigung auch die Integration des geeinten Europas unumkehrbar zu machen – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die langfristige Entwicklung der amerikanischen Europapolitik (Balkan) bzw. der Verlässlichkeit des „gütigen Hegemon“, auf den am Ende eben doch Verlass war; im Umbruch der neunziger Jahre schien die Administration Clinton doch lange Zeit am liebsten mit sich selbst beschäftigt. Dennoch vertraute man in Washington darauf, dass der Kanzler die jahrzehntealte Tradition bundesdeutscher

---

1 Vgl. Stefan FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an“. *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2001, S. 138ff.

Außenpolitik des „Sowohl-als-auch“ (also Europa und USA) behutsam fortsetzen würde. Kohl galt als Meister des Ausgleichs und Kompromisses – und da die Bundesregierung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eben auch noch als dynamische und ökonomisch kraftvolle Industriemacht gesehen wurde, hoffte man auf eine zunehmend tragende Rolle in der Weltpolitik, allemal aber auf die Fortsetzung der Scheckbuchdiplomatie. Die damals von Bush sen. ausgerufene *partnership in leadership* war die Antwort auf das wiedervereinigte Deutschland: Die USA träumten von einer unipolaren Welt und begleiteten die deutsche Wiedervereinigung mit dieser spezifischen deutsch-amerikanischen Allianz.

Kohl spielte hierbei gekonnt beide Seiten gegeneinander aus. Er benutzte die Amerikaner, um Widerstände gegen eine schnelle Wiedervereinigung auszuhebeln. Darin ähnelte er sehr Bismarck. Aber Kohl sah auch die Bedeutung von Mitterrands Argumenten. Die Lösung der deutschen Frage konnte nur durch Frankreich legitimiert werden. Hier stand Kohl klar in der Nachfolge Adenauers. Deshalb versuchte Europa auch, eine eigene Antwort zu geben: Maastricht und die Erweiterungsbeschlüsse von Kopenhagen sind die triumphale Vision dessen, wie Europa sich die Welt nach Ende des Kalten Krieges vorstellt. Diese unterscheidet sich allerdings von der amerikanischen Vision eines globalen Staatensystems mit Amerika als einziger hegemonialer Macht. Denn das neue Europa geht nun mal von einer multipolaren Weltordnung aus, in der die Vormachtstellung Amerikas durch verschiedene regionale Großmächte austariert wird.

### *III. Vertrauensvorschuss in den achtziger Jahren durch bedingungslose Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses*

Das Vertrauen, das Washington Kohl dabei entgegenbrachte, beruhte nicht zuletzt auf den Erfahrungen, die man in den achtziger Jahren mit der deutschen Amerikapolitik gemacht hatte. Das Festhalten am Doppelbeschluss 1982/83 und das Durchstehen der Raketenkrise (nach Berlin-Blockade und Berlin- und Kuba-Krise die wohl dritte große Ost-West-Krise) mit dem gründlichen und weitgreifenden Abkommen von 1987 – gegen alle inneren Widerstände im Lande – haben das Bild aller drei US-Präsidenten (Reagan, Bush sen., Clinton) in der Amtszeit Helmut Kohls von der deutschen Amerikapolitik nachhaltiger geprägt als irgendein anderes Ereignis und maßgeblich zur vorbehaltlosen Unterstützung der Bush-Administration bei der Wiedervereinigung beigetragen, als der Bundeskanzler die Themen Innen-, Außen-, Russland- und Amerikapolitik auch aus Washingtoner Sicht exzellent orchestrierte. Im Management zusammen mit Bush und Baker in den USA, bei sehr schwacher Unterstützung von Thatcher, und auch nicht mit der erwarteten Unterstützung Mitterrands, haben Kohl und Genscher das Optimum erreicht. In Washington rechnet man

es dem früheren Kanzler noch heute hoch an, dass er – wenn auch in einem eher theoretischen Gedanken – angedeutet hatte, dass die Wiedervereinigung ohne NATO-Zugehörigkeit besser unterbleiben sollte.

In den beiden ersten Amtsperioden setzte Washington vor allem auf das Kanzleramt, gleichwohl viele nach dem Antritt der christlich-liberalen Koalition den Einfluss des Kanzlers auf die Außenpolitik als eher gering werteten. Genscher hatte den Austritt aus der sozial-liberalen Koalition nicht zuletzt aufgrund der Zerrissenheit des großen Koalitionspartners in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt, was ihm, der von jeher ein „gesundes Misstrauen“ (so Genscher im Gespräch mit dem Verfasser) gegenüber den USA besaß, im westlichen Lager vorübergehend Zustimmung und Respekt verschaffte. Später aber wurde er zum stärksten Protagonisten einer Fortführung der Entspannungspolitik, was ihm in Washington wiederum den Ruf eines den Ausgleich mit Moskau um jeden Preis suchenden Illusionärs eintrug („Genscherismus“<sup>2</sup>).

Kohl hingegen galt rasch als Garant für transatlantische Verlässlichkeit, nachdem sein Machtwechsel inhaltlich neben der Konsolidierung der Haushaltspolitik primär auf eben die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses setzte, und das, obwohl er sich damals in der eigenen Partei in dieser Frage eher isoliert fühlte (so Philipp Jenninger im Gespräch mit dem Verfasser); damals soll es im Kanzleramt gar Gerüchte gegeben haben, nach denen Moskau schon 1983 der Bundesregierung für die Aufgabe des Doppelbeschlusses eine Konföderationslösung in der deutschen Frage angeboten hatte. So bekräftigte der Kanzler vor allem auf Anraten Teltchiks die außenpolitischen Koordinaten der künftigen Regierung als Teil der westlichen Welt, d.h. insbesondere des NATO-Bündnisses und der transatlantischen Partnerschaft, indem er die volle Erfüllung des Doppelbeschlusses in seiner Regierungserklärung fest schrieb und eine schwankende Position in dieser Frage ausdrücklich ausschloss: „Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluss der NATO von 1979 ... Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach Innen vertreten: den Verhandlungsteil und – wenn nötig – auch den Nachrüstungsteil.“<sup>3</sup> Am 22. November 1983 beschloss die Regierungskoalition daraufhin, mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu beginnen. Mit dieser Konsequenz bewirkte sie, dass Moskau seine Unterhändler aus Genf zurückzog und den Abrüstungsgesprächen bis Januar 1985 fernblieb.

---

2 „Time Magazine“, 8. Mai 1989.

3 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982, in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*, hg. vom Auswärtigen Amt aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Köln 1995, S. 494–499, hier S.496.

Dennoch wusste Kohl, dass es langfristig einer Verbesserung im Verhältnis zu Moskau bedurfte – ein Beweis für die These von der klugen Abstimmung von Deutschland-, Europa-, Russland- und Amerikapolitik. Dort registrierte man zwar durchaus, dass die Koalition sich gegen die amerikanischen Rüstungsanstrengungen und die SDI-Pläne stellte, was wiederum in Washington zum Teil großen Unmut auslöste.<sup>4</sup> Erst im Laufe des Jahres 1987 aber, nachdem Genscher in seiner denkwürdigen Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos die anwesenden Staats- und Regierungschefs ermahnt hatte, die Entwicklung von beiden Seiten her konstruktiver zu gestalten, und nachdem der seit dem Genfer Gipfel 1985 nur mühsam vorangekommene amerikanisch-sowjetische Abrüstungsprozess wieder in Schwung geraten war, kam es mit dem deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommen vom 22. Mai 1987 zu einer Annäherung beider Seiten.<sup>5</sup> Bis dahin zögerte der Kanzler, anders als sein Außenminister, eindeutig, Moskau gegenüber in Vorleistung zu gehen. Dies galt auch noch, als mit Schewardnadse erstmals nach fünf Jahren wieder ein sowjetischer Außenminister die Bundesrepublik besuchte. Den entscheidenden Wendepunkt markierte erst Kohls Besuch in Moskau vom 24. bis 26. Oktober 1988. Als der Kanzler bald darauf mit der „Zehn Punkte“-Erklärung aufwartete, markierte dies wohl den Zenit seines Führungsanspruchs auch in der Außenpolitik – getragen von einem großen Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegenüber den wichtigsten Bündnispartnern wie auch Moskau.

Die transatlantische Solidarität in den achtziger Jahren wurde allerdings keinesfalls zur blinden Gefolgschaft. Auch in der so genannten Raketenkrise war das Verhältnis nicht spannungsfrei, nachdem dem Kanzler die Genfer Abrüstungspläne 1985 zu weit gingen. Doppelt problematisch wog in diesem Fall, dass sich sein Außenminister nach der Stationierung wieder als Abrüstungs- und Entspannungspolitiker profilierte. Nur eine vom Kanzleramt gesteuerte enge Zusammenarbeit zwischen Regierungszentrale und BMVg mit wohl abgestimmten Positionen gegenüber dem AA verhinderte ein zu frühes Einschwenken der Bundesrepublik auf die von Genscher bedingungslos geforderte doppelte Null-Lösung, auf die sich Reagan und Gorbatschow im Prinzip bereits in Genf verständigt hatten, die man aber nunmehr als Gefahr einer möglichen Abkopplung der USA von Europa sah. Beharrlich plädierte der Kanzler jedenfalls zwischen 1985 und 1987 für Obergrenzen statt Doppel-Null. Außerdem wollte er auch die Raketen kurzer Reichweite abgeschafft sehen, worin Reagan ihn gegenüber Thatcher beim Weltwirtschaftsgipfel in Venedig 1987 im Übrigen unterstützte. Auf diese Weise kam es zu einer Leitunktionsüber-

---

4 Fred OLDENBURG, *Das Verhältnis Moskau-Bonn unter Gorbatschow*, in: Osteuropa 36 (August/September 1986) 8, S. 774–786.

5 Stephan BIERLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, München/Wien 1999, S. 211ff.

nahme durch den Kanzler auch in der Bündnispolitik – was allerdings keinesfalls gleichbedeutend war mit einer ähnlichen Rolle eben in der Rüstungskontrollpolitik. Wann immer vor allem die Position des AA zu Irritationen im bilateralen Verhältnis zu den USA führte, schaltete der Kanzler sich in die Debatte ein.<sup>6</sup>

Am Rande sei vermerkt, dass das Vertrauen in die Amerika-Politik in dieser Phase nicht zuletzt auf der Überzeugung gründete, dass man die Bundesrepublik unter Helmut Kohl – noch unbelastet von den Bürden der Einheit – als gleichsam föderal und nicht zentralistisch regiertes Land nicht nur reformfähiger einschätzte als beispielsweise Frankreich oder Italien, sondern dass sich seine Gesellschaft und seine Wirtschaft in den Augen Washingtons auch offener präsentierte (mit den gebotenen Abstrichen, die aus dem deutschen Hang zum konsensualen Korporatismus erwachsen).

Wirtschaftlich, so war man in den USA unter Reagan überzeugt, teilten Amerika und Deutschland ähnliche Präferenzen für den Freihandel – und für protektionistische Sünden, die sich eher informell manifestierten; Reagan erinnert sich, dass der Kanzler zu denen gehörte, die sich besonders für den Erfolg der amerikanischen Wirtschaft interessierten.<sup>7</sup> Dahinter stand nicht bloß ideologischer Instinkt, sondern vor allem das Bewusstsein ökonomischer Stärke. Für die Bundesrepublik, das Exportzentrum Europas, war es allemal leichter, den offenen Weltmarkt zu propagieren als für Frankreich oder Spanien.

Als bestes Beispiel für das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Partners einerseits und die routinemäßige Konzertierbarkeit der Interessen andererseits bietet sich schließlich die Wiedervereinigung an. Während London und Paris den Prozess zu bremsen versuchten, setzte sich Washington an dessen Spitze. „Ich teile nicht die Besorgnis anderer europäischer Länder über die Wiedervereinigung“, lautete Bush's demonstrative Parteinahme zwei Wochen vor dem Mauerfall. Das war der Fanfarenstoß, danach übernahm Washington die Führung – und räumte für Deutschland die schwersten Brocken aus dem Weg. Das Fazit ist bekannt: Ohne die Amerikaner keine Wiedervereinigung. Dies hat keiner besser verstanden als der Kanzler selbst. Umgekehrt schuf Kohls klares Amerikabekenntnis in dieser Zeit die Voraussetzung in Washington dafür, dass man die Wiedervereinigung als strategischen Gewinn gegenüber dem alten Rivalen Russland und nicht als Status- oder Machtverlust gegenüber dem neuen Deutschland begreifen konnte. Auch in Amerika wusste man zu gut, dass es zum Kalkül der Kohlschen Amerikapolitik gehörte, dass für die europäischen Mächte Amerika als großer Rückversicherer fungierte, der den Schlagschatten des deutschen Kolosses verkürzen und die Wiedervereinigung für die Nachbarn erträglich machen sollte.

---

6 FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an“ (wie Anm. 1), S. 142–186.

7 Ronald REAGAN, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990, S. 356.

#### IV. Wandel im transatlantischen Verhältnis in der zweiten Hälfte der Ära Kohl

In den neunziger Jahren wandelte sich das transatlantische Verhältnis – bei aller Kontinuität – doch in Nuancen. Der Grund war offensichtlich: Das Ende des Kalten Krieges hat Deutschland mehr verändert als jedes andere Land. Es hat Deutschland etwas gebracht, was die Deutschen wollten: die Einheit; es hat Deutschland aber auch etwas gebracht, was es nicht unbedingt wollte oder woran es sich zumindest gewöhnen musste, nämlich Verantwortung.

Es hat, wenngleich auf andere Art, auch die USA verändert. Es brachte Washington etwas, was die Amerikaner wollten: Entlastung in einem langen und kostspieligen Kampf; es hat ihnen aber auch etwas gebracht, was die Amerikaner nicht wollten, nämlich eine kompliziertere, gleichwohl Forderungen stellende Welt, in der man sich feste Partner an seiner Seite wünschte.<sup>8</sup> Die Bundesrepublik sollte dieser Partner für Bush sein. Die USA haben eine besondere Beziehung zu keinem anderen Staat, mit Ausnahme von Großbritannien, gepflegt, und Deutschland hatte sie zu keinem anderen Staat, ausgenommen vielleicht Österreich.

Die Voraussetzungen hatten sich also fundamental gewandelt und dies bewirkte auch zunehmend unterschiedliche Auffassungen in einzelnen Fragen. Nachdem das Verfassungsgericht 1994 den Weg für militärische Einsätze der Bundeswehr freigegeben hatte, stellte Kohl „fünf politische Bedingungen“: 1. Begrenzung auf Europa oder dessen Nachbarstaaten; 2. UN- oder OSZE-Mandat; 3. Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung; 4. über die Verteidigung hinaus „zwingende Gründe“ für den Einsatz; 5. Bundeswehr als Lösung, nicht als Teil des Problems.

Die beiden ersten Kriterien waren für die USA, die einen „partner in leadership“ zur Bewältigung internationaler Herausforderungen suchten, durchaus ein Problem. Ging man vom gängigen Stimmungsbild der deutschen öffentlichen Meinung aus, stellte der dritte Grundsatz eine Ausrede dar, eher nicht tätig werden zu müssen. Nach Washingtoner Lesart blieb damit die *raison d'être* der Bundesrepublik, keine Verpflichtungen auf internationaler Ebene einzugehen, in anderen Worten die Antithese der französischen *raison d'être*.

Washington war damals der Ansicht, dass dies mittel- bis langfristig – trotz deutscher Lippenbekenntnisse zum Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – nicht zuletzt aufgrund der chronischen Finanzierungslücke im deutschen Verteidigungsetat zur Handlungsunfähigkeit der GASP beitragen musste. Im Hinblick auf den Einfluss, den Deutschland daneben auf die Finanzpolitik der EWU-Teilnehmerstaaten ausübte, lag die Ge-

---

8 Stefan FRÖHLICH, *Die USA und die neue Weltordnung*, Bonn 1992, S. 191ff.

fahr von Handlungsbeschränkungen für Washington zudem auf der Hand. Da die EU keine gemeinsame GASP betrieb, war Washington auf der Suche nach Koalitionspartnern von europäischen Staaten abhängig, die bereit und in der Lage waren, als einzelne Nationen im Rahmen sogenannter Koalitionen von Handlungswilligen („coalitions of the willing“) aktiv zu werden. Mit anderen Worten: Washington wünschte sich in dieser Phase etwas, was es von der Bundesregierung so nicht bekam: einen angenehmeren Führungspartner als die aufsässigen Franzosen, der bereit war, auf Autonomie zu verzichten und sich mit strategischen Entscheidungen und dem damit möglicherweise verbundenen Risiko auseinanderzusetzen.

Zumal in der zweiten Amtszeit, da Clinton sich noch mehr auf die Außenpolitik konzentrieren wollte als bereits zwischen 1994–1996, kam es trotz der Tatsache, dass er sich vor allem von Kohl, mit dem er sehr vertraut wurde, gerne beraten ließ, vermehrt auch zu Spannungen im beiderseitigen Verhältnis.<sup>9</sup> Deutlich wurde dies insbesondere im Zusammenhang mit dem wachsenden amerikanischen Engagement auf dem Balkan, in dessen Kontext Washington seit Mitte der neunziger Jahre zwar betonte, einerseits an den rund 100.000 Soldaten in Europa festhalten zu wollen, andererseits aber auch ein größeres Engagement vor allem von Deutschland erwartete. Dabei setzte Clinton mit Blick auf die deutsche Amerikapolitik durchaus sowohl auf die natürliche Interessenliaison wie auch auf den Faktor „Dankbarkeit“ aufgrund der amerikanischen Unterstützung bei der Wiedervereinigung. Was Washington dabei erwartete, war klar: 1. Erweiterung des strategischen Denkens hinsichtlich der Probleme innerhalb wie außerhalb Europas; 2. den Einsatz militärischer Mittel.

Entsprechend wünschte man sich deutsche Unterstützung (auch finanzielle) bei der NATO-Erweiterung und – gewissermaßen als Auffangbecken – auch bei der EU-Erweiterung; eine Pufferzone zwischen Russland und Deutschland erschien Strategen in Washington auch in Deutschlands vitalem Interesse zu liegen. Hier folgte die Regierung Kohl weitgehend dem amerikanischen Kalkül, auch wenn Beobachter in den USA die Investitionen deutscher Unternehmen in den MOE-Ländern insgesamt als zu gering empfanden und Kohl (anders als sein Verteidigungsminister Rühle) weitaus mehr Sorge hatte, dass eine solche Politik zu Lasten Russlands gehen könnte. Clinton wiederum hoffte, dass Kohl seine guten Beziehungen zu Jelzin nutzen und durch finanzielle Konzessionen Moskaus Wohlverhalten erwirken würde. Gleiches galt im Übrigen mit Blick auf Frankreich hinsichtlich dessen Kritik an der amerikanischen Nahostpolitik.

---

<sup>9</sup> Robert LIVINGSTON, *Die Erwartungen der neuen Clinton-Administration an Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (1997), S. 54–61.

In der ersten Amtszeit Clintons wich Amerika den Versuchungen noch aus, über die Bundesregierung Druck auf Frankreich auch in den heiklen Handelsfragen (Agrar) im Rahmen der GATT-Verhandlungen auszuüben. In der zweiten Amtszeit aber wurde Washington deutlicher und signalisierte der Regierung Kohl wiederholt, dass es sich zumindest ein Festhalten an der bewährten Politik des Ausgleichs von Bonn erwarte. Der Grund dafür war ganz offensichtlich, dass Kohl (wiederum anders als Rühle) in den zentralen Fragen wie z.B. der Besetzung des Schlüsselkommandobereichs Süd der NATO in Neapel (die Frankreich vorübergehend für sich reklamierte) oder den internationalen Vermittlungsversuchen im Nahost-Friedensprozess die französische Position unterstützte. Deutsche Presseberichte zitieren den Kanzler, der seine Überraschung darüber zum Ausdruck brachte, dass die Amerikaner etwas zu einem Problem machten, was ihm von geringer Bedeutung erschien. Rühle berichtete Mitte Oktober 1997 gar, dass Deutschland Frankreich in dem Bemühen unterstütze, die amerikanische Dominanz innerhalb der NATO im Adenauer-schen Sinne auszugleichen.

Mit eher widerwilliger Zustimmung beobachtete man außerdem das zunehmende Vorantreiben Frankreichs und Deutschlands der Pläne zur WWU, wie sie sich an der Bereitschaft beider Länder ablesen ließ, die Maastricht-Kriterien unbedingt einzuhalten. Während sich die EU-Mitgliedsstaaten enger zusammenschlossen, erhoffte man sich in Washington von Deutschland vor allem eine Führungsrolle als Fürsprecher für offene Märkte und eine liberale Handelspolitik. In dem Maße, wie die amerikanische Wirtschaftskraft seit 1994 ständig zunahm und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig war, nahmen die Rufe nach freiem und fairem Handel zu, und Washington erwartete, Deutschland würde in der EU darauf drängen, die europäischen Märkte für amerikanische Dienstleistungen und so genanntes geistiges Eigentum zu öffnen. Hier sah sich Washington allerdings enttäuscht.

Positiv hingegen vermerkte man in Washington die Entsendung von Bundeswehreinheiten auf den Balkan sowie die Bereitschaft, selbst Kampftruppen als Teil einer NATO-Streitmacht 1997 nach Bosnien zu entsenden, die nach Ansicht der amerikanischen Botschaft vor allem aufgrund eines Wandels der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik zustande gekommen war. Diese militärische Beteiligung war begleitet von aktiver deutscher Diplomatie in der so genannten Kontaktgruppe. Washington erhoffte sich hiervon einen allmählichen spill over auf andere Missionen der Friedenserhaltung außerhalb Europas – so vor allem im Nahen Osten zur Sicherung der Ölreserven, beispielsweise bei einem erneuten Angriff des Iraks oder Irans.

Der Rückgriff Amerikas auf Handelssanktionen gegen diese Paria-Staaten war der Hauptgrund für die wohl einzig wirkliche Irritation in den Beziehungen zu Deutschland aus Washingtoner Sicht. Da Deutschland wie seine europäischen Partner den amerikanischen Sanktionen gegen alle Staaten – außer

dem Irak – nicht folgte, kam es im Fall des Iran zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Deutschland. Während Washington versuchte, Teheran völlig zu isolieren, bestand Deutschland darauf, den Handel aufrechtzuerhalten und den so genannten „kritischen Dialog“ mit den Iranern weiterzuführen. Aus Sicht der Clinton-Administration handelte es sich dabei um gravierende Differenzen; während einer Wahlkampfredel ließ der Präsident verlauten, „man könne nicht bei Tag mit Leuten zu tun haben, die Terroristen unterstützen, die uns bei Nacht töten“.

#### *V. Ausblick*

Wenn es trotz einiger Irritationen vor allem in der letzten Amtszeit dennoch aus amerikanischer Sicht in der Bilanz bei stabilen und guten Beziehungen im Verhältnis zu Deutschland blieb, so war dies vor allem der – bei aller Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten in Richtung des europäischen Projekts – im Großen und Ganzen immer verlässlichen Amerika-Politik der Regierung Kohl zu verdanken, die nicht zuletzt auf dem großen persönlichen Vertrauen aller drei Präsidenten in die Person des Kanzler gründete. Die außenpolitischen Erfolge des Kanzlers beruhten auf der fast schon resignativen Geduld, mit der er die nationalen Empfindlichkeiten und Eitelkeiten seiner europäischen wie amerikanischen Partner ertrug und immer in Rechnung stellte. Wie groß das internationale Gewicht des Kanzlers war, zeigte sich bis zuletzt: Zum Jubiläum der Luftbrücke hatte der amerikanische Präsident Clinton in Berlin einen fulminanten Wahlkampfauftritt zu Gunsten Kohls geliefert; dagegen erklärte er nach der Audienz für Schröder im Weißen Haus, er wolle sich in den deutschen Wahlkampf nicht einmischen. Deutlicher konnte man die Leistung 16-jähriger Außenpolitik und damit auch Amerika-Politik nicht würdigen.